

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Dornbush-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Deutschland stimmt für Polen.

Der Völkerbundsrat neu gewählt.

Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundsversammlung wurden im ersten Wahlgang als nichtständige Mitglieder des Völkerbundsrats gewählt: Kolumbien mit 46 Stimmen; Polen mit 45 Stimmen; Chile mit 43 Stimmen; Salvadore mit 42 Stimmen; Belgien mit 41 Stimmen; Rumänien mit 41 Stimmen; Holland mit 37 Stimmen und China mit 29 Stimmen, von 49 abgegebenen Stimmen.

Im zweiten Wahlgang wurde als neuntes nichtständiges Ratsmitglied die Tschechoslowakei mit 27 Stimmen gewählt. Daneben wurden für Finnland 11 Stimmen, Portugal 7 und für Irland 4 Stimmen abgegeben.

#### Die Wahlhandlung vollzieht sich in drei Abschnitten.

Genf, 16. September. (W.T.S.) Die Vollziehung der Völkerbundsversammlung für die Wahlen der nichtständigen Völkerbundsratsmitglieder, die durch die vollzählige Anwesenheit der Delegationen und die zahlreichen Gäste sowie durch die strenge Einzelkontrolle den Charakter eines großen Tages zeigt, wurde etwas später als vorgesehen um 10,30 Uhr durch Rintschitsch eröffnet. Dieser eröffnete zunächst das Wahlverfahren, das in drei Abschnitte zerlegt wird. Der erste bezieht sich auf die Wahl von neun nichtständigen Mitgliedern in den Rat, der zweite auf die Wahl von drei der so Gewählten für drei jährige Mandatsdauer, und der dritte auf drei weitere für zweijährige Mandatsdauer. Die drei Verbleibenden sind dann ohne weiteres für ein Jahr gewählt. Dann erfolgt die Abstimmung über Anträge, einzelnen Staaten die Wiederwählbarkeit zu verleihen.

Die Wahlhandlung, die sich geheim durch Niederlegung von Stimmzetteln mit je neun Namen in die Urne vollzieht, begann um 10,40 Uhr, um 11,25 Uhr verkündete der Präsident Rintschitsch das Ergebnis des ersten Wahlganges.

#### Polen als einziger Staat wiederwählbar erklärt.

V. Sch. Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Wahlgängen verlas der Präsident den schriftlichen Antrag Polens auf Verleihung der Wiederwählbarkeit. Weitere Anträge waren nicht eingebracht.

Die Wiederwählbarkeit Polens wurde mit 36 von 48 Stimmen angenommen. Vier Staaten gaben weiße Stimmzettel ab, acht stimmten mit Nein, Südafrika enthielt sich der Wahl. Das Ergebnis wurde von einem Teil der Bundesversammlung beifällig begrüßt.

Zu zweijährigen Ratsmitgliedern wurden gewählt: Kolumbien mit 47 Stimmen, Holland mit 47 Stimmen, China mit 34 Stimmen. Daher werden die drei übrigen Staaten Belgien, Tschechoslowakei und Salvador zunächst für die Dauer eines Jahres im Rat sitzen.

#### Polen, Rumänien und Chile für drei Jahre gewählt.

Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Als Ergebnis des zweiten Wahlganges verkündete Präsident Rintschitsch um 12,25 Uhr, daß Polen, Chile und Rumänien für die Dauer von drei Jahren dem Völkerbundsrat angehören. Bei diesem zweiten Wahlgang erhielten Polen 44, Chile 41 und Rumänien 30 Stimmen von den abgegebenen 49 Stimmen.

V. Sch. Genf, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Wahl zeigt folgende bemerkenswerte Ergebnisse: Persien ist vollständig unter den Tisch gefallen. Der Block der kleinen Staaten hatte wieder zusammengehalten; die Tschechoslowakei ist mit Hilfe der Südamerikaner wiedergewählt worden. Diese Wiederwahl galt vor allem der Person von Beneš, der im Völkerbund großes Ansehen genießt und besonders in den Abrüstungsfragen sehr tätig gewesen ist. Nichtsdestoweniger wäre es wohl besser gewesen, wenn man es vermieden hätte, daß zwei von den Staaten der kleinen Orient, und sei es auch nur auf ein Jahr, im Rat zusammensitzen.

#### Völkische Radaubröder.

Aufzug im befreiten Rheinland.

Seit der Räumung der Kölner Zone haben sich die radikalsten Bünde vor allem das unbefreite Rheinland zu ihrem Tummelplatz ausgesucht. So veranstalteten sie am vergangenen Sonntag in Brühl, dem Städtchen im lintheimischen Brauntoblengebiet, einen sogenannten „Deutschen Tag“. Hierbei kam es zu schmerzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalisten und den Anhängern der Republik. Die nationalsozialistischen Radaubröder überfielen Angehörige des Reichsbanners und rissen ihnen ihre Abzeichen ab. Im Laufe des Nachmittags versuchte eine Kolonne, das Verkehrstotal der freien Gewerkschaften zu stürmen, da die Nationalisten dort die Vertreter der englischen Bergarbeiter vorzuführen vermühten, die im Kölner Bezirk für die Unterstützung der englischen Bergarbeiterschaft warben. Auch Anhänger des Windthorst-Bundes und Mitglieder des katholischen Gesellenvereins wurden von den nationalsozialistischen Jünglingen belästigt. Eigenartig berührte es, daß die Polizei bei diesen Ausschreitungen wenig oder gar nicht eingriff. Während bei Kundgebungen der verfassungstreuen Verbände wiederholt die Kölner Schutzpolizei aufgeboten wurde, hatte sie bei diesem „Deutschen Tag“ keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen.

Polens Wahl erfolgte mit der zweitgrößten Stimmenzahl. Deutschland hatte seine Absicht, für Polens Ratsitz zu stimmen, bekanntgegeben und hat entsprechend gehandelt.

Bei der Frage der Wiederwählbarkeit gab Deutschland einen weißen Stimmzettel ab. Hätte noch ein anderer Staat, z. B. Belgien, sich um die Wiederwählbarkeit beworben, dann hätte die deutsche Delegation auch für Polen stimmen können. Aber unter diesen Umständen bekam die Wiederwählbarkeit allzusehr den Charakter einer ausdrücklichen Vertrauenskundgebung für Polen und dazu hatte Deutschland keine Veranlassung. Gegen eine Wiederwählbarkeit Belgiens, die u. a. von Deutschland angeregt worden war, hatte England Bedenken geäußert, um evtl. Spanien und Brasilien im nächsten Jahr die Möglichkeit der Wiederwählbarkeit freizuhalten, falls diese Länder in den Völkerbund bis dahin zurückkehren sollten.

Das Ausscheiden Uruguays und seine Ersetzung durch San Salvador ist auf einen gestern gefaßten Beschluß der lateinamerikanischen Staaten zurückzuführen, gegen dessen zufälligen Charakter der Vertreter Uruguays, Guani, in einer geharnischten Erklärung protestierte, die nach der Verkündung des Wahlergebnisses vertesen wurde. Ueberhaupt hat es zwischen den südamerikanischen Staaten mehrfach Kampf gegeben, doch die europäischen Staaten mischen sich glücklicherweise grundsätzlich in diese Angelegenheiten nicht ein. Das Schwergewicht der süd- und zentralamerikanischen Staaten, die über fast ein Drittel der Gesamtzahl der Völkerbundstimmen verfügen, trat bei dieser Wahl wieder deutlich in die Erscheinung. Kolumbien marschierte stolz an der Spitze aller neugewählten Staaten, Chile und San Salvador nahmen den dritten und vierten Sitz ein.

Chinas größter Wunsch ist endlich in Erfüllung gegangen, sogar im ersten Wahlgang, aber nur mit einer relativ geringen Stimmenzahl.

Der neue Völkerbundsrat unterscheidet sich vom alten und von der Zusammensetzung, die ursprünglich in Aussicht genommen war. Seine Gesamtzahl hat sich von 10 auf 14 erhöht. Zu den bisherigen vier ständigen Sitzen der Großmächte ist der fünfte für Deutschland hinzugekommen. Die Zahl der nichtständigen hat sich von sechs auf neun erhöht. Ausgeschlossen sind nicht nur Schweden und Ungarn, sondern auch Spanien und Brasilien. Wiedergewählt sind nur Belgien, das dem Rate seit Anbeginn angehört, und die Tschechoslowakei. Dagegen sind neu hinzugekommen nicht weniger als sieben Staaten, also die Hälfte des ganzen Rates. Und zwar: Polen, Rumänien und Holland für Europa, Chile, Kolumbien und Salvador für Amerika, China für Asien.

Untersucht man den neuen Rat nach seiner geographischen Gliederung, so ergibt sich: Europa ist durch vier ständige und fünf nichtständige, zusammen neun Staaten vertreten. In den Rest von fünf teilen sich Asien mit zwei, nämlich je einem ständigen (Japan) und unständigen Sitz (China) und Amerika mit drei unständigen Sitzen.

Die Neuwahl der Hälfte des Rates spiegelt die Schwere der Verfassungskrise, in der sich der Völkerbund befindet. Es ist die Frage, ob die Aktionsfähigkeit des Rates nicht zunächst dadurch gemindert wird, daß so viel unerfahrene Staaten neu in den Rat eintreten; nur China hat von ihnen Rats Erfahrung. Auf jeden Fall wird zunächst der Einfluß der alten, erfahrenen Ratsmächte gesteigert.

Das politisch wichtigste Ergebnis ist der Eintritt Polens in den Rat. Die deutsche Delegation hat dafür gestimmt. Das mag nur als eine Geste scheinen. Aber diese Geste soll die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschlands größtem östlichen Nachbar einleiten.

#### Pariser Entrüstung gegen Kemal.

Der französische Schiffsoffizier zu Gefängnis verurteilt.

Paris, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß das Gericht von Angora, ohne die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts abzuwarten, den französischen Schiffsoffizier in der Angelegenheit des Dampfers „Lotos“ zu 80 Tagen Gefängnis verurteilt hat. Diese Nachricht hat in der ganzen Pariser Morgenpresse einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Blätter der Linken und der Rechten sind einstimmig der Ueberzeugung, daß es sich dabei um eine beachtliche Herausforderung Frankreichs durch Kemal Pascha handelt, und fordern die Regierung auf, zu allen Mitteln zu greifen, um das Prestige Frankreichs im Orient vor unberechtigten Angriffen der Türkei zu schützen. Die Blätter der Rechten führen sogar eine außerordentlich kriegerische Sprache. Aber auch in der Linkspresse ist der Ton ungewöhnlich scharf. Das „Deuore“ überschreibt seinen Artikel „Was wollen diese Leute von uns?“ Die Türkei verurteilt einen französischen Schiffsoffizier zu 80 Tagen Gefängnis, die Italiener werfen Steine in unsere Konsulate und schießen uns in die Fenster. Gleichzeitg erging sich die italienische Presse, obwohl sie unter scharfer Zensur steht, in den ungeheuerlichsten Angriffen gegen Frankreich. Wenn die Deutse Krieg von uns wollen, sollen sie es sagen.

### Internationale Sozialpolitik.

Ihr Wesen und ihr Ziel.

Die Viertelhundertfeier der Gewerkschafts-Internationale lenkt den Blick auch auf die Bedeutung der internationalen Sozialpolitik. Ist doch neben der Sozialistischen Arbeiterinternationale die Gewerkschafts-Internationale ihr wichtigster Träger.

Man streitet sich in der ganzen Welt über Wesen und Ziel der Sozialpolitik, stellt „tiefgründige“ Betrachtungen von bürgerlicher Seite darüber an, ohne doch zu klaren Ergebnissen zu kommen. Diese Unklarheit ist das notwendige Resultat des Nichterkennens, daß alle Sozialpolitik Ergebnis des Machtverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist und daß ihr letztes Ziel die soziale Produktion sein muß.

Sozialpolitik ist also ihrem Wesen nach Neuordnung der gesellschaftlichen Produktion, die in ihren Mittelpunkt den Menschen mit seinen gesellschaftlichen Bedürfnissen stellt. Solange jedoch das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, kann nur durch den sozialpolitischen Schutz der Arbeiterklasse dieser Gedanke Wirklichkeit werden.

Auf diesen Zusammenhang hat bereits Karl Marx in der Inauguraladresse sehr deutlich hingewiesen. Als im englischen Fabrikakt vom 8. Juni 1847 das Zehnstundengesetz durchgesetzt wurde, schrieb Marx über diesen Sieg der englischen Arbeiterklasse in der Inauguraladresse:

„Dieser Kampf um die gesetzliche Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von der ausgeschreckten Habgier, tatsächlich sich um den großen Gegensatz dreht zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Angebot, die die politische Oekonomie der Bourgeoisie bilden, und zwischen der durch soziale Voraussetzungen und Einheit beherrschten sozialen Produktion, die die politische Oekonomie der Arbeiterklasse bildet. Und darum war das Zehnstundengesetz nicht nur ein großer praktischer Erfolg; es war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal unterlag im hellen Licht des Tages die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.“

Gehört heute die Sozialpolitik dem Grundsatz nach zu den Selbstverständlichkeiten, die auch von den Unternehmern anerkannt werden, so ist ihr Ausmaß doch hart umstritten. Die Unternehmer wollen, wie es Vorsig auf der Industriekongress 1924 ausdrückte, an einer „gesunden“ Sozialpolitik positiv mitarbeiten. Darunter versteht man im Unternehmerlager die eigene Gesundheit, d. h. die Rücksichtnahme auf den Unternehmerprofit, der durch keinerlei sozialpolitische Maßnahmen gefährdet werden darf.

Für den Fortschritt der Sozialpolitik ist es deshalb von der entscheidendsten Bedeutung, ob die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung stark genug ist, erfolgreiche Kämpfe zu führen. Dabei fällt den gewerkschaftlichen Organisationen die besondere Aufgabe zu, durch Tarifverträge die sozialpolitische Schutzgesetzgebung vorzubereiten und zu verbessern. Je mehr Macht sie repräsentieren, um so besser wird ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe gelingen. Es kommt deshalb alles darauf an, daß die Arbeiter und Angestellten durch Zusammenschluß und Solidarität die freien Gewerkschaften zu einer solchen überragenden Macht ausbauen.

Wird das Ausmaß der nationalen Sozialpolitik von diesen Faktoren bestimmt, so gilt das gleiche auch von der internationalen Sozialpolitik. Schon früh begriff die klassenbewusste Arbeiterbewegung die Notwendigkeit internationalen Handelns. Sie wurde durch Vorgänge auf sozialpolitischem Gebiet förmlich demonstriert. In einer Schrift über Internationalen Arbeiterschutz weist Fehlinger beispielsweise darauf hin, daß im Jahre 1848, nach kurzem Bestand, das französische Zehnstundengesetz aufgehoben und durch eines über den Zwölfstundentag ersetzt wurde, mit der Begründung, daß die kürzere Arbeitszeit ohne internationales Zusammengehen nicht aufrechterhalten werden könne.

Die kraftvollste Förderung erfuhr der Gedanke des internationalen Arbeiterschutzes durch die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale in Paris 1889. Seit dieser Zeit demonstrieren die Arbeiter der Welt am 1. Mai für den Achtstundentag und für den internationalen Arbeiterschutz.

Am Ende des Weltkrieges erhalten die Fragen der internationalen Sozialpolitik erhöhte Bedeutung. Die Verner Konferenz im Jahre 1919 beschäftigte sich eingehend mit einem internationalen Arbeiterschutzprogramm, in dem die Forderungen der Gewerkschaften für die Friedenskonferenz aufgestellt werden sollten. Der Internationale Gewerkschaftskongress in Wien 1924 beschloß ein umfassendes Programm für die internationale Arbeitsgesetzgebung.

Der Versailler Friedensvertrag schuf durch seinen Teil XIII die Internationale Arbeitsorganisation, deren Aufgabe es ist, den Weltfrieden zu fördern, der nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, wie es treffend in der Vorrede heißt.

Damit ist eine, wenn auch noch unzureichende, organisatorische Grundlage für die Förderung und Verwirklichung internationaler Arbeiterschutzgesetzgebung geschaffen. In zahlreichen Uebereinkommen und Vorschlägen hat das Internationale Arbeitsamt auf vielen Gebieten der sozialpolitischen Schutzgesetzgebung Bedeutames geleistet.

Aber auch hier zeigt sich, wie die Realisierung der Uebereinkommen, d. h. ihre Umsetzung in die Wirklichkeit, abhängt von der politischen und gewerkschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. Angesichts der starken Wider-



stände kann es der Arbeiterklasse nur erwünscht sein, wenn die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt, deren Vorläufer sich schon vor dem Kriege Verdienste um den internationalen Arbeiterschutz erworben haben, den Fortgang der Ratifizierungen fördert.

Von besonderer Bedeutung ist das Uebereinkommen über den Achtstundentag. Es ist merkwürdig still geworden über das so oft von der Regierung angeforderte Arbeiterschutzgesetz, das auch die Arbeitszeit und Sonntagsruhe neu regeln soll. Will etwa die Regierung der Industriellenforderung auf Vertagung dieser Frage Rechnung tragen? Es wäre eine falsche Rechnung. Die gesetzliche Wiedereinführung des Achtstundentages, die Sicherung eines ausreichenden Ruhetages und die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vertragen keinen längeren Aufschub. Es sind gleichzeitig unentbehrliche Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes.

Durch das Arbeiterschutzgesetz können auch erst die Voraussetzungen zur Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag geschaffen werden. Darüber hinaus gilt es, im deutschen Arbeitszeitgesetz das Uebereinkommen zu verbessern, das ja für die nationale Gesetzgebung nur Mindestvorschriften enthält.

Soll dieser Kampf erfolgreich geführt werden, dann bedarf es starker gewerkschaftlicher Organisationen, bedarf es Stärkung der Sozialdemokratischen Partei. „Im Problem des Staates gipfelt das Ganze der sozialen Frage“, sagte einmal Rudolph Goldscheid. Macht gewinnen über den Staat kann aber nur eine starke gewerkschaftliche und politische Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

## Faschismus und Presse.

### Sonderbare Berichterstattung aus Rom.

Das Verhalten der deutschen demokratischen Presse gegenüber dem italienischen Faschismus gibt schon längst Anlaß zu den lebhaftesten Bedenken. Während die französische Linkspresse mit prächtvollem Eifer und in wahrhaft demokratischem Geiste den Kampf gegen die römischen Unterdrückungsmethoden führt und sich damit die Dankbarkeit aller freiheitlich gesinnten Italiener sichert, vermeidet ein großer Teil der deutschen Demokratenpresse gegen das römische Regierungssystem nach Möglichkeit jedes scharfe Wort und veröffentlicht aus Italien Berichte, die von faschistischer Offiziosität nicht mehr weit entfernt sind.

Dabei ereignet es sich, daß selbst deutsch-nationale Blätter der Stimme der Kritik mehr Gehör verschaffen als demokratische. Vergleicht man z. B. den römischen Brief im Mittwoch-Abendblatt der „Deutschen Tageszeitung“ mit dem in der Donnerstag-Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“, so fällt dieser Vergleich entschieden zugunsten der „Deutschen Tageszeitung“ aus. Ihr Korrespondent steht naturgemäß den Gedankengängen der Faschisten ziemlich nahe, trotzdem kann er sich nicht enthalten festzustellen, daß die sogenannte „nationale Sammlung“ in Italien erreicht worden ist „auf Kosten jenes Minimums politischer Freiheit, ohne das in der gegenwärtigen Epoche das öffentliche Leben nicht mehr denkbar ist“.

Nach solchen Anklängen der Kritik sucht man in dem Artikel Dr. Hans Barths über „Mussolini und sein Volk“ (1) vergeblich. Der ganze Artikel des demokratischen Berichterstatters ist eine einzige servile Lobhudelei für den Diktator, auf den, wie zum Schluß gesagt wird, die antiken Cäsaren mit Reid blicken können. Der heulende Mob, der Mussolini huldigt, wird als das wahre italienische Volk hingestellt, die anderen aber, die es doch auch gibt, werden mit folgender Bemerkung abgetan:

Die natürlich vorhandene Menge der Andersdenkenden, der Sozialisten, Demokraten usw., mag sich nicht her- vor. Sie wissen, daß sie es mit einer Regierung und mit einer

Partei zu tun haben, die absprechende Kritik nicht duldet. Vestigia terrent. (Die Spuren schrecken.)

Die italienischen Sozialisten und Demokraten haben nicht aufgehört, den Kampf gegen den Faschismus zu führen; die Wahl der Methoden muß ihnen überlassen bleiben. Aber wer sich nicht hervorragt, weil die italienische Regierung absprechende Kritik nicht duldet, das ist das „Berliner Tageblatt“ und sein römischer Berichterstatter, Herr Dr. Barth.

Vielleicht spricht bei solchem Verhalten auch die äußerst kurzfristige Erwägung mit, daß man es sich aus Gründen der deutschen Außenpolitik mit den jeweiligen Machthabern eines großen Staates nicht verderben dürfe. Aber wer dieser Erwägung nachgeht, wird für sich und das Volk, das er publizistisch vertritt, nichts anderes ernten als Mißachtung. Eine demokratische Presse, die es nicht versteht, die Demokratie als eine europäische Angelegenheit zu behandeln, verkennet ihre Aufgabe. Man kann den Faschismus auch im eigenen Lande nicht ernsthaft bekämpfen, wenn man dort vor ihm niederkniet, wo er gesiegt hat.

## Endlich bestraft.

### Erst zweite Instanz schützt Reichsfarben.

Breslau, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Spektationsinhaber Emil Tyla aus Guttentag wurde von der Strafkammer in Oppeln wegen Beschimpfung der Reichsfarben zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Tyla war in einer Juninacht durch Oppeln geritten und hatte dabei in betrunkenerm Zustand die Farben Schwarz-Rot-Gold in unerhörter Weise beschimpft. In erster Instanz war er freigesprochen, in zweiter wegen persönlicher Beleidigung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Berufungsinstanz stellte sich auf den einzig richtigen Standpunkt, daß Tyla bewußt die Farben der Republik in gemeinster Weise heruntertrieb.

### Ein würdiger Königsbündler.

Nach wie vor können die Monarchisten der mildesten und wohlwollendsten Behandlung durch die Gerichte sicher sein. Ganz besonders in Bayern. Vor dem Schöffengericht Erlangen hatte sich dieser Tage das Mitglied des Heimat- und Königsbundes, der Techniker Perzl, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamteneinbeleidigung zu verantworten. Nach einer Geburtstagsfeier für den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht geriet Perzl mit Schulleuten zusammen, da er auf den Strohen laut lärmte. Als die Beamten seine Personalien feststellen wollten, ließ er sich zu Täuschlichkeiten hinreißen. Auf der Polizeiwache schlug und trat der Königsbündler mit Händen und Füßen gegen die Schulleute. Außerdem belegte er sie mit Ausdrücken wie „Halunken“, „Lad“, „Schuste“, „Ausbuben“ usw. Troz alledem kam er mit einer Geldstrafe von 45 M. davon, anscheinend weil das Gericht von der Erwägung ausging, daß es sich bei Perzl lediglich um die Betätigung einer durch Alkohol gesteigerten monarchistischen Gesinnung gehandelt hat.

## Deutschnationales Sprungbrett.

### Das Schulgesetz als Köder für das Zentrum.

Heran an die Macht! Das ist die deutsch-nationale Parole. Sie sind bereit, jeden Kottau zu leisten, Ueberzeugungs- und Prinzipientreue ist ihnen nichts. Locarno werden sie schlucken, im Völkereid und loyal mitarbeiten, aber sie müssen an die Macht! Dann wird sich das Zentrum schon finden. Mit dem gewaltsamen Umsturz ist es nichts, bleibt nur der parlamentarische Weg. Der führt über das Zentrum. Und das Zentrum? Warum sollen nicht andere Parteien genau so käuflich sein wie die Deutschnationalen? So bietet man dem Zentrum das Schulgesetz. Morgens und abends empfehlen sich die deutsch-nationalen Blätter als Hüter christlicher Weltanschauung, ja sogar als Beschützer katholischer Interessen. An Rom sterben zwar

bekanntlich die Völker, aber das kann man zur Not vergessen, wenn Minister sessel winken. Heute bringt die „Kreuzzeitung“ wieder einen Beitrag über das Reichsschulgesetz. Ganz offen wird der Zweck der Uebung aufgezeigt:

„Dagegen wird die Deutsch-nationale Volkspartei auf dem Wege zu einer grundsätzlichen christlichen Schul- und Kulturpolitik ihrer eigenen Anhänger ein Gesetz bringen, das von ihr längst schon erwartet wurde und sie würde ein durchschlagendes Mittel in die Hand bekommen, um die Wählerchaft des Zentrums aufzulockern und entweder zu sich herüberzuziehen, oder aber sie zu einer Entscheidung innerhalb des Zentrums zu zwingen. Sie würde bestimmt alle diejenigen zurückgewinnen, die durch die manchmal nicht ganz geschickte Behandlung der konfessionspolitischen Fragen immer wieder ins Zentrum zurückgedrängt wurden oder in unentschiedenem Schwanken zwischen Zentrum und Deutsch-nationale Volkspartei resigniert abseits standen.“

Also als Sprengpulver fürs Zentrum! Die Behandlung der konfessionellen Fragen soll „geschickter“ werden! Die „Voraussetzung“ vergißt dabei nur mancherlei. Sie vergißt, daß das Schulgesetz auch noch andere Parteien interessiert, worauf die „Nationalliberale Korrespondenz“ heute mit deutlicher Anspielung hinweist. Und im übrigen ist der Zweck der Uebung so offenkundig, daß er auch dem Zentrum klar sein wird. Auch dieser „Dreh“ wird nicht zum teuer ersehnten Ziele führen.

## Kanalbau in Mecklenburg.

### Verbindung zwischen Ostsee und den Schiffsfahrtsstraßen.

Schwerin, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Rathaus zu Rostock tagten die Vertreter der mecklenburgischen Städte Rostock, Güstrow, Bülow, Schwaan, Kratow, Plau und Ralsow, sowie eine große Anzahl Vertreter verschiedener Handels-, Reederei- und sonstiger kaufmännischer Korporationen, um Stellung zu dem beabsichtigten Ausbau der Kanalfahrt von Güstrow-Plauer See zu nehmen. Der Vorsitzende der Versammlung, Bürgermeister Dr. Heidemann-Rostock, wies darauf hin, daß der Zeitpunkt für die Inangriffnahme des Projektes der Weiterführung des Schiffsfahrtsweges von Bülow über Güstrow bis nach Plau, um dadurch eine Verbindung der Ostsee nach Mecklenburg mit den großen deutschen Schiffsfahrtsstraßen zu erreichen, augenblicklich günstig einmal voll versucht werden, einen Teil der großen Kredite, die der Reichsfinanzminister für Kostandsarbeiten zur Behebung der Erwerbslosigkeit in Aussicht gestellt hat, in Anspruch zu nehmen. Weiter zeigte das Reich sein Interesse für den Ausbau der genannten Wasserstraße durch die Bewilligung von 1 1/2 Millionen Mark für den Ausbau des Wasserweges von Rostock nach Güstrow. Es eigne sich seine Arbeit so gut als Kostandsarbeit wie der Bau eines Kanals mit seinen sehr großen Erarbeiten. Das Projekt fand in der Debatte allgemeine Zustimmung. Es wurde ein Arbeitsauschuß gewählt, der die nötigen Vorarbeiten erledigen, und die mündlichen Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium und der mecklenburgischen Landesregierung führen soll. Alsdann wurde herbeigehoben, daß der Kanal Ostsee-Rostock-Güstrow-Plauer See nicht nur ein großes Flächengebiet neu erschließen werde, sondern auch für die wirtschaftlichen Interessen Mecklenburgs eine Notwendigkeit sei.

Der Deutsche Landfreislag hat, wie wir erfahren, an das Reichsarbeitsministerium und Reichsfinanzministerium ein Schreiben gerichtet, worin er sich nachdrücklich gegen die geplante Neuordnung der Ausgesteuertenunterstützung wendet. Der Landfreislag fordert, daß an Stelle der Pläne der Reichsregierung auf Schaffung einer besonderen Fürsorge für die Ausgesteuerten die Verlängerung der Unterstützungsdauer treten soll. Auch der Deutsche Landfreislag steht in der Ausgesteuertenfrage die Entwicklung der Dinge sehr ernst an; auch er betrachtet das unaufrichtige Anwachsen der Ausgesteuertenunterstützung mit Sorge. Wird das Reichsarbeitsministerium diese Warnung beachten?

„Jugend und Bühne“. Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine veranstaltet vom 23. bis 26. September in Friedrichroda eine Jugendtagung, die sich mit dem Vainenspiel und den Beziehungen der Jugend zum Theater beschäftigen wird. Eine Reihe von jugendlichen Teilnehmern aus dem Reich ist vom Volksbühnenverband delegiert worden. Für das Vainenspiel sind praktische Versuche unter Leitung des Oberspielleiters Karl Vogt geplant. Als Referenten wirken ferner Dr. Löwenberg-Berlin und Fritz A. Schulz-Berlin. Die Tagung hat nicht nur Bedeutung für die Einbeziehung der Jugend in die künstlerische Kultur des Theaters, sondern sie wird auch neue Möglichkeiten des Vainspiels suchen und gegen dessen Auswüchse Stellung nehmen.

„Akademie der Künste“. Die erste konstituierende Sitzung der neu begründeten Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste Berlin wird nach Beendigung der akademischen Ferien im Oktober stattfinden. An dieser Sitzung werden auch die außerhalb Berlins wohnenden Mitglieder der Sektion teilnehmen.

„Behandlung geistiger Rückständigkeit durch Röntgenstrahlen“. Die seit längerer Zeit im Wiener Röntgeninstitut von Primarius Wolfgang Kießer angestellten Versuche, den Zustand geistig zurückgebliebener Kinder durch Bestrahlung mit Röntgenstrahlen zu verbessern, haben, wie die Blätter melden, günstige Ergebnisse gehabt. Es gelang in zahlreichen Fällen, einen Rückgang der Krantheitserscheinungen, u. a. bei Kopfgrippe, zu erzielen und besonders die geistige Entwicklung der Kinder zu fördern.

„Vorlesung Hans Reimann“. Der lustige Abend, den Hans Reimann für die Volkshöhle G. V. am Freitag, den 17. September, im Bechsteinlohn veranstaltet, beginnt um 8 Uhr. Karten in beschränkter Anzahl zum Preise von 1 Mark sind noch erhältlich.

„Staatsopern“. Barbara Kemp tritt zum erstenmal in dieser Spielzeit am 18. auf und zwar als Sena. Den Kolbänder singt Friedrich Schorr, den Roland erstmalig Michael Böhnen. — In der „Taubendauer“-Aufführung am 19. singen Tino Pattiera, Heinrich Schindus, Karin Brangell und Hedwig v. Dedißka. Dirigent: Generalmusikdirektor Leo Blech.

„Die Galerie Wilschke“ eröffnet am 22. ihre neuen Räume in der Victoriastraße 2 mit einer Ausstellung des zum ersten Male in Berlin festlich gezeigten Malers Gert Wilschke.

„Der musikalische Tanz“. Unter diesem Titel gibt Hilde Stritz am 24. abends 8 Uhr, einen Tanzabend im Rindmorihofsaal.

„Erdbeben des Mercurgrundes im Atlantischen Ozean“. Bei der Reparatur eines Ueberseeabels wurde entdeckt, daß der Mercurgrund in der Nähe der Insel St. Helena sich im Laufe der letzten 25 Jahre beträchtlich gehoben hat. Das Kabel lag früher an der betreffenden Stelle 4500 Meter unter Wasser; die neuen Messungen des Kabelschiffes ergaben jetzt nur noch eine Tiefe von 1100 Metern.

„2500 Buchstaben in der Minute gefaselt“. Der erste Teil des neuen Ueberseeabels, das England mit der Neuen Welt verbinden wird, ist gefaselt worden. Mit Hilfe dieses Abels wird man 2500 Buchstaben in der Minute telegraphieren können. Diese ungeheure Leistung wird nur dadurch ermöglicht, daß das Kabel gleichzeitig verschiedenartige Wellen leitet und also nebeneinander die verschiedensten Telegramme gefaselt werden können.

## Der Luise-Altar.

Von Hermann Schütinger.

Annaberg, die Metropole des Erzgebirges, ist eine achtenswerte und reputierliche Stadt. Sie liegt mit ihren Kirchen und Kapellen am Fuß des Böhmerberges, eingebettet zwischen das Zschopau- und das Egerland, zwischen borstige Bergkuppen, den Bärenstein und den Fichtelberg und zwischen armelige Professorendörfer wie eine mittelalterliche Bastion und bewacht die Heerstraße, die von Chemnitz, dem sächsischen Manchester, nach dem Egerland, nach Komotau und Prag hinüberführt. Hier tummeln die sächsischen Industriellenöhne ihre hundertpferdigen Benzautomobile und die etwas distlichen Fabrikanten- und Händlersgattinnen tropazieren sich nach Möglichkeit das überflüssige Fett vom Leib. Zur Verewigung des sächsischen Unternehmertums und des Annaberger Tatendranges ist am Marktplatz die Annaberger „Mahnfrau“, mit Namen Barbara Utmann, mit einem Wardspinnrad in der Hand aufgestellt. Na schön; immer noch besser, als wenn die Annaberger ihren Markt mit einem der üblichen König-Albert-Nischtees verhandelt hätten!

Dieses Annaberg, mitten in einer Blutarman und durch mittelloseste Hausindustrie proletarisierter Wirtschaftsprüfung gelegen, hat sich seit einigen Monaten und Jahren zum Sorgentind des roien Sachsen ausgewachsen. Kapitän Ehrhardt hat dort oben, geschützt durch die Postkoden Kleinbürgerlicher Enge und durch ein Duzend hinterwäldlerischer Lokalblätter, neuerdings sein Lager aufgeschlagen und mit dem Trommelwirbel der Bandesnechte ein Häuflein von Wunderaposteln der „Landeskirchlichen Gemeinschaft“ mit Orgelton und Evangelistenpathos herangelockt. Seitdem wird in dieser komischen Ecke des sonst so vernünftigen Sachsen am Sonntag von morgens bis abends gepredigt und in der Nacht erzerrt. Kein menschliche ist der sonst so friedliche Winkel geworden!

Auf dem Marktplatz kündigt auf einem mächtigen Plakat ein neuer Feldprediger das jüngste Konkurrenzunternehmen, den „Bund der Kämpfer“ an: „Keine Sekte, keine Partei!“ wird zunächst versichert und dann als Thema des Abends das tieffinnige Problem gestellt: „Schaffen und Leben, das große Geheimnis!“ Ja, das möchte ich auch gern wissen, wozu wir schaffen und wozu wir leben! Ob uns das aber der Annaberger „Häuser“ sagen kann?

Beim Friseur am Markt sehe ich mich nach einer Zeitung um; es gibt jedoch lediglich das Annaberger „Tageblatt“ und — als Bildungsinstrument aus der Reichshauptstadt Berlin — die „Deutsche Zeitung!“ Also ausgerechnet das am Ausscherebet sitzende Cliché-Blatt, das im Berliner Westen in keinem Restaurant aufzutreiben ist, liest man mit tieffinniger Miene am Marktplatz von Annaberg! Ich schlage auf: Natürlich in aller Breite der „Severing-Standal“, den jede andere auf Sauberkeit sehende Redaktion mit ein paar Zeilen übergangen hat und dann ein mächtiger Artikel über die

militärische Laufbahn des — Großherzogs Friedrich von Baden! Endlich lesen die Handlungsgehilfen und die Grüntrahmhändler dieses „besseren“ Friseurgeschäfts, welche Chargen dieser alte deutsche Fürst während einer recht untrügerischen Zeit von 1830 bis 1870 eingenommen hat! Also, während die Arbeitslosigkeit im Erzgebirge zum Himmel schreit und die „Ausgesteuerten“ nicht wissen, wie sie Frau und Kind vom nacten Hungertod erretten sollen, liest die „Jeunesse dorée“ von Annaberg Beiträgel über die militärischen Chargen eines teuffchen Bundesfürsten, der schon 40 Jahre tot ist und die Sachen eigentlich gar nichts angeht; denn wofür ist der angekommene „Geeij“, der August da?

Das andere Blatt des Annaberger Friseurs aber berichtet in Balkenschrift über eine ebensowenig sächsisch-waterländische Affäre, nämlich den ersten Gaudog des „Königin-Luise-Bundes“. Was geht die sächsischen Landesfinder die Preußen-Königin Luise eigentlich an!

Tiefen Eindruck machte der „Luise-Altar“ neben dem Vorstandstisch. Um die Büste der Königin waren Kerzen aufgestellt und weiße Blumen zierten den Altar. — Beim Einmarsch des Werwolf-Banners erhoben sich die Luise-schwester von ihren Sigen. — Zum Schluß fand die feierliche Verpflichtung von 36 Luise-schwester statt. Im Halbkreis hoben sie an den Altar. In der Verpflichtung gelobten die Schwester Gehorsam den Sagungen des Bundes. Zum Schluß sangen sie gemeinsam das Lied: „Ich hab' mich ergeben!“

Also ein richtiger, weiblicher Ku-Klux-Klan in dem friedlichen Sachsenstädtchen Annaberg! Wozu der „Gehorsam“, vor brennenden Kerzen geleistet, wozu der Heine-Schwur vor dem „Luise-Altar“?

Doch da nimmt mich der völkische Friseurgehilfe zwischen seine germanischen Brauen und fährt mit seinem Braispieß mit einem mächtigen Ruck über den Hals.

Keine Opernsaison. Die Meldung, daß der neuernannte Generalintendant der staatlichen Opern, Herr Tietjen, gleichzeitig auch Intendant der Berliner Städtischen Oper weiter bleiben würde, ist nach Erklärung der zuständigen Stelle falsch. Der Vertrag des Staates mit Herrn Tietjen läuft von Mitte 1923 ab, weil er bis dahin der Stadt Berlin verpflichtet ist. Es wird versucht werden, ein früheres Ausschreiben Tietjens aus der Städtischen Oper zu erlangen, jedoch wird nicht daran gedacht, die Intendantur der Städtischen Oper und die Generalintendantur der Staatsoper durch eine und dieselbe Person zu belegen. Eine gewisse Interessengemeinschaft der Staats- und Städtischen Oper besteht in beschränktem Maße schon. Es sind nämlich Vereinbarungen getroffen, bei Engagements der Künstler und bei der Gestaltung des Spielplans möglichst konform vorzugehen und eine Konkurrenz, die beide Teile schwer belasten würde, beim Engagement prominenter Künstler möglichst zu vermeiden. Ob diese Vereinbarungen noch weiter ausgedehnt werden, steht noch nicht fest. Derartige Verhandlungen sind vor einiger Zeit ergebnislos verlaufen. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Generalintendant gleichzeitig auch die Leitung der Staatlichen Opern in Wiesbaden und Kassel hat.



# Mordprozeß Schröder.

## Der Angeklagte gesteht alles. — Wo bleiben Kölling und Tenhold?

B. S. Magdeburg, 18. September.

Mit allen äußeren Einzelheiten eines Sensationsprozesses begann heute vormittag im Schwurgerichtssaal des Magdeburger Justizpalastes die Verhandlung gegen den Mörder des Buchhalters Helling, den Schmied Richard Schröder aus Groß-Rottmersleben. Lange vor Beginn der Sitzung harrten in großen Mengen die Besitzer von Einlaßkarten vor dem Gebäude. Viele Hunderte versuchten noch im letzten Augenblick, Einlaß zu bekommen, was ihnen aber nicht gelang. Im Saale selbst hatten an langen Tischen etwa 60 Vertreter der Presse aus allen Teilen des Reiches Platz genommen.

Vor der Anklagebank war eine Staffelei mit einer Tafel angebracht, auf der der Plan des Mordhauses in Groß-Rottmersleben mit der Einrichtung der einzelnen Zimmer aufgezeichnet war. Auf dem Gerichtstisch lagen

### Die schauerlichen Beweismittel dieses Mordprozesses:

der Chauffeuranzug Schröders, den seine Schwester vom Blut gereinigt hatte, ein Paket mit dem durchgeschossenen Schädel, sowie mit Knochenresten, deren verholzte Stellen Zeugnis dafür ablegen, daß Schröder zuerst versucht hat, die Leiche seines Opfers zu verbrennen. Daneben liegen Bücher aus dem Besitz des Angeklagten, charakteristischweise darunter das Buch „Auf Deutschlands Hochschulen“ und der „Deutsche Hochschulland“, ferner Notizbücher mit interessanten Aufzeichnungen. Bezeichnend für Schröder, den Pseudokunden mit den selbst beigebrachten Schmissen ist es, daß er sich die Farben fast aller farbentragenden deutschen Verbindungen auf 20 Notizbüchern aufgezeichnet hat. Ferner befanden sich darin zahlreiche Adressen von Freunden, Widmungen von jungen Mädchen, aber auch eine sehr zärtliche Widmung von einem „Freund“ namens Göhr. Unter dem Gerichtstisch stand ein Kesselforb mit weiteren Utensilien, unter anderem einem alten Militärgeweh und ein Paar hohen Stiefeln, die Helling gehört hatten.

Um 10 Uhr erschienen die Geschworenen, ein Bürgermeister, Fabrikbesitzer, Gutsbesitzer, Landwirt, Bankbeamter und Bureauassistent im Saal. Unmittelbar darauf wurde Schröder vorgeführt. Er wurde, an den Händen gefesselt, von zwei Gefängnisbeamten zum Gericht transportiert, wo ihn sein Verteidiger erwartete. Als er auf dem Gang zwei Schupobeamten übergeben wurde, sagte er zynisch lächelnd: „Na, nun wollen wir das Schöne fest mal steigen lassen.“ Lächelnd, wenn auch zunächst angefaßt durch die starrenden Augen etwas verlegen, betrat er auch die Anklagebank, wo er zwischen zwei Schupobeamten Platz nahm. Auf Anordnung des Vorsitzenden blieb Schröder während der ganzen Verhandlung gefesselt. Auch auf der Anklagebank verließ ihn sein Lächeln nicht, und interessiert musterte er den Saal und das Publikum, ab und zu einige Worte mit seinem Verteidiger wechselnd.

### Nach dem üblichen Zeugenauftritt begann dann das Verhör des Angeklagten.

Vors.: Sind Sie verheiratet? — Angekl.: Jawohl, wegen fahrlässiger Tötung mit drei Monaten Gefängnis und wegen unbefugten Waffenbesitzes. Beide Strafen sind jedoch vorläufig ausgesetzt. — Vors.: Ihnen wird zur Last gelegt, einen Menschen, den Buchhalter Helling, getötet und dann beraubt zu haben. Ferner sind Sie des Betruges und der Verleitung zum Mord an der Hildegard Göhe beschuldigt. Sie haben dem Gericht Ihren Lebenslauf schriftlich eingereicht, und ich nehme an, daß Sie sich geordnet äußern können. Wie ist Ihr Leben bisher verlaufen? — Angekl.: Ich bin in Groß-Rottmersleben geboren und habe die Dorfschule bis zum Jahre 1917 besucht. Dann bin ich zu einem Schmiedemeister in die Lehre gekommen. — Vors.: Sie haben aber an dem Beruf offenbar keine Freude gehabt, denn Sie haben Ihr Examen mit Ach und Krach bestanden und haben dann versucht, sich geistig weiter zu bilden. — Angekl.: So ist es. 1920 bin ich dann zum Militär gegangen. Dieser Beruf erschien mir sehr interessant, und ich meldete mich bei den Magdeburger Pionieren, wo ich auch angenommen wurde. — Vors.: Weshalb haben Sie dann den Soldatenrock wieder ausgesetzt? — Angekl.: Weil ich im Oktober 1923 meine Braut Hildegard Göhe kennen lernte und weil ich als Soldat doch nicht gut heiraten konnte. — Vors.: Soweit mir bekannt ist, haben Sie das Mädchen bei der Post kennen gelernt, sind

### Ihr als Student vorgestellt

und Sie haben ihr einen Couleoursweis gezeigt. Dann haben Sie Fräulein Göhe wenige Tage später zu einem Couleurfest der „Allania“ geladen. Welche Tendenz hatte die „Allania“? — Angekl.: Sie ahmte studentische Gebräuche nach. — Vors.: Wie sind Sie in diese Verbindung hineingekommen? — Angekl.: Durch einen Bekannten. — Vors.: Sie sind dann mit Fräulein Göhe in ein näheres Verhältnis gekommen und haben das junge Mädchen, das als Stütze in Magdeburg tätig war, dann im Juni 1924 nach Groß-Rottmersleben in Ihr Haus eingeladen. Wie kam denn das? — Angekl.: Leber die näheren Umstände möchte ich in öffentlicher Sitzung nichts sagen. — Vors.: Ich würde auch dafür sein, diese Dinge unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. — Vors.: Dann lassen Sie es beiseite, denn für die Straftat interessiert es nicht. Sagen Sie einmal, Angeklagter, weshalb ist Ihnen beim Militär ein solch schlechtes Zeugnis ausgestellt worden? — Angekl.: Ich bin mit Arrest bestraft worden, weil in unserer Kompanie sozial getrunken wurde. Deshalb kam ich einigemale zu spät. — Vors.: Sie sollen vor allen Dingen durch Ihre Bräutigamannsucht sich unbesteht gemacht haben; denn Sie wollten mehr erscheinen als Sie waren. — Angekl.: Das möchte ich bestritten. Schröder schilderte dann weiter, wie er aus Fahrlässigkeit

### Seine Mutter erschossen

habe. „Ich las die Zeitung und spielte dabei mit dem Revolver, dabei muß sich eine Patronen aus dem Magazin in den Lauf geschoben haben, denn plötzlich ging ein Schuß los und traf meine Mutter in den Unterleib.“ — Vors.: Sie haben also Ihre Mutter fahrlässig erschossen. Hatten Sie nicht am selben Tag eine Eifersuchtszene mit Ihrer Braut, die Sie sehr liebten, der Sie aber nie treu waren? — Angekl.: Ja, das war am Vormittag desselben Tages, und da habe ich beim Leben meiner Mutter geschworen, daß ich ihr treu bleiben wollte. Nachmittags war ich aber doch mit einem anderen Mädchen zusammen (nach einer kleinen Pause) und abends habe ich dann meine Mutter erschossen. (Bewegung im Saal.) — Vors.: Welche das nicht einen großen Eindruck auf Sie? — Angekl. (pathetisch): Da, einen ganz kolossalen Eindruck. Ich glaubte dann an Duktillismus, tauchte mir Bücher darüber und moderte Experimente. Natürlich wurde ich immer nervöser und sah überoll Gespenster.

Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß er doch mit seiner Reute mit 68 Mark monatlich nicht auskommen konnte zumal er doch mit seiner Braut zusammen lebte, daß er sich doch Arbeit suchen mußte, erklärte Schröder, er habe das auch immer versucht, so habe er auch in ein Detektivbureau eintreten wollen, schließlich sei er zur Handelsschule gegangen. — Vors.: Sie haben dabei oft in Magdeburg übernachtet. Hatten Sie denn damals

### viel Verkehr mit Mädchen

oder waren Ihre Beziehungen normal? — Angekl.: Jawohl, ich hatte aber nicht viel Liebshafter damals. — Vors.: Haben Sie sich die Namen aller Mädchen, die Ihnen Ihre Gattin geschenkt hatten, in ein Buch eingetragen? — Angekl.: Ich habe eine Liste aufgestellt. — Vors.: Und was hatten Sie darin notiert? — Angekl. (nach einigem Zögern): Die Haare und wo und wann ich das Mädchen kennen gelernt hatte, sowie den Wohnort. Ich habe auch Locken und Haare gesammelt. — Vors.: Sie hatten ja auch in Ihrem Zimmer einen

### Stoß mit Frauenhaaren als Siegestrophäe.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden wurde der Stoß gezeigt. Unter der Krücke sind um den Stoß zahlreiche Frauenhaare gewickelt, die Schröder als seine „Sammlung“ bezeichnet. Er beklagte dann weiter, daß er die Hildegard Göhe unter allen Umständen heiraten wollte, vor allem habe er diesen Wunsch gehabt, als seine Mutter starb und er infolgedessen jeden Halt verloren hatte. — Vors.: Wie meinen Sie das? — Angekl.: Ich muß mich an jemanden anlehnen. Ich bin nicht selbstständig. — Vors.: Das kann ich mir von Ihnen gar nicht vorstellen. Die Hildegard Göhe hat doch ganz unter Ihrem Einfluß gestanden. — Angekl.: Aber ich brauche einen Charakter, an den ich mich anlehne. Ich bin sehr gefällig. Ich kann auch kein Geheimnis für mich behalten. — Vors.: Sie sollen nicht nur große Intelligenz, sondern auch Initiative und Ueberlegung besitzen. — Angekl.: Ich

### suche Führernaturen nachzuahmen.

traue mir aber eine solche Rolle selbst nicht zu. — Vors.: So, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß ich jetzt einen Brief von Ihrem Zellengenossen Schulz bekommen habe.

### Klopfgeister in der Zelle.

Vors.: Schulz sagt in dieser Eingabe, daß er gar nicht fliehen wollte, wegen seiner geringen Strafe auch gar nicht zu fliehen brauche. Sie hätten aber immer auf ihn eingeredet, Sie wären überhaupt von überlegener Intelligenz gewesen, da Sie sich viel mit Philosophie beschäftigten. Er, Schulz, habe sich immer geweigert, er habe darauf hingewiesen, daß Sie auch nach der Flucht nicht weiterkommen könnten. Daraufhin haben Sie ihn beruhigt mit dem Hinweis, Sie würden für ihn und sich schon weiterforschen. Auf diesen Punkt komme ich später noch zurück. Schließlich haben Sie Ihre Hilfe zum Spiritismus genommen.

### Sie haben Klopfgeister beschworen.

mit denen Sie ein Alphabet verabredet hatten. Schulz will anfangs daran nicht geglaubt, vielmehr angenommen haben, daß Sie die Klopfgeräusche in der dunklen Zelle durch einen Faden, der zur Heizung führte, hervorgerufen haben. Aber die Geräusche wären aus einer ganz anderen Ecke ertönt und schließlich habe er auch an Klopfgeister geglaubt. So hätte dreimaliges Klopfen „Ja“ bedeutet, zweimaliges Klopfen „Nein“, schließlich seien auch ganze Sätze zustande gekommen und die Geister hätten erklärt, die Flucht werde gelingen. Selbst in Sprichwörtern sei geantworret worden, so u. a.: „Der Tapirer wird flegen.“ Dadurch allein habe sich Schulz bereit erklärt, auf den Plan einzugehen, der von Ihnen in allen Einzelheiten entwickelt und besprochen worden sei. Schulz sollte dem Gefängniswachmeister an die Kette springen und Sie wollten ihm den Karabiner entreißen. — Angekl.: Tatsächlich ist viel geklopft worden in der Zelle. Ich habe das auch dem Gefängnisdirektor gemeldet, der auch zugab, daß in dem Gefängnis nachts viel geklopft werde. Zum Teil reagierte das Klopfen auf unsere Fragen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ich dieses Klopfen verursacht habe. Ob dieses übernatürlich war, kann ich nicht sagen.

### Unter großer Spannung ging nun der Vorsitzende auf

### die Vorbereitungen zur Mordtat

selbst ein. Landgerichtsdirektor Dr. Löwenhal suchte dabei den Angeklagten, der absichtlich leise sprach, um vom Gericht und von den Geschworenen nicht verstanden zu werden, immer wieder zu bewegen, laut und deutlich zu sprechen und den Plan chronologisch aufzurufen. — Vors.: Anfang Juni ging es Ihnen sehr schlecht. Sie hatten wohl nur noch 30 Mark in Ihrem Besitz und da haben Sie ein Inserat in der deutschnationalen „Magdeburger Tageszeitung“ auf. Dieses Inserat hatte folgenden Wortlaut:

„Buchhalter für landwirtschaftliche Spar- und Darlehensklassen mit 500 R. Kautions gesucht. Schulze.“

Aus welchem Grunde, Angeklagter, suchten Sie denn einen Buchhalter, der über eine Kautions von 500 R. verfügte?

Der Angeklagte sprach so leise, daß man nur Bruchstücke aus seiner Erzählung verstand: Ich wollte einen Mann mit 500 R. Vermögen in Schadensleben bei Groß-Rottmersleben betrunken machen und dann ausrauben. — Vors.: Sie hatten also die Absicht, mehrere Leute auf Grund des Inserats kennenzulernen und dann auszurauben. — Angekl.: Nein, denn die Sache konnte ja doch einmal klappen. Ich wollte das mit noch einem anderen zusammen machen. — Vors.: Das Inserat ist am 5. Juli in der Zeitung erschienen und am 8. Juli haben Sie etwa 10 Antwortschreiben erhalten. Was haben Sie nun getan? — Angekl.: Ich habe mir die Briefe mit den Bewerbungsschreiben von der Bahnpost abgeholt und wollte dann sofort nach Groß-Rottmersleben fahren, um mit meinem Hefersherler den Plan der Verabredung durchzusprechen. Die Namen der Reflektanten hatte ich mir auf einem Zettel notiert. Aber ich mußte noch nicht, wie ich die Sache eigentlich drehen sollte. Deshalb blieb ich bis zum 13. Juli bei meiner Schwester in Magdeburg. Ich hatte mich bereits mit meinem Freunde Erwald über die Angelegenheit ausgesprochen und er war der Ansicht, daß ich mich zunächst an Helling wenden sollte, dessen Bewerbungsschreiben ich in der Tasche trug.

### Ich fuhr in die Wohnung des Helling.

und eine Dame öffnete und fragte: „Was wollen Sie?“ Ich antwortete: „Herr Helling hat sich um eine Stelle beworben und ich möchte ihn sprechen.“ — Vors.: An diesem Tage trugen Sie den Chauffeuranzug, um als Kraftfahrer zu erscheinen? — Angekl.: Jawohl. Während ich mit der Dame sprach, kam Helling und hat uns beide in sein Zimmer, wo wir uns dann unterhielten. Ich fragte Helling, ob er die Kautions stellen könnte, was er bejahte. Darauf fragte er mich, ob sich noch mehrere Herren um diese Stelle beworben hätten und welcher Art die Stelle sei. Ich sagte, es sei eine leichte Stellung. Nun wollte Helling sofort mitkommen, aber das war gegen meinen Plan. Deshalb sagte ich Helling, wir wollten uns in einer Stunde im Park treffen. Ich ging nun in die Anlagen, setzte mich dort auf eine Bank, und nach einiger Zeit kam Helling nach. Wir fuhrten also zusammen nach Schadensleben, dort lehrten wir bei meinem Freunde Schulze ein, der eine Wirtschaft hatte. Dort habe ich mir den Plan überlegt. Ich sagte dann zu Helling, ich würde nach Groß-Rottmersleben vordringen, er solle mir langsam folgen, weil ich mich eigentlich noch mit meinem Freunde Ziele besprechen wollte. Helling kam bald darauf bei mir zu Hause an. Er nahm in der Wohnstube Platz und blätterte in einem Buch, das ich ihm gegeben hatte. Wir unterhielten uns, und ich wußte zunächst nicht, was ich tun sollte. Schließlich dachte ich mir:

### „Am besten ist es, du schleifst ihn über den Haufen.“

Und nun folgte ein ausführliches Geständnis des Angeklagten, das sich völlig mit seinen letzten Angaben vor den Berliner Kriminalkommissionen deckt und, um es gleich vorweg zu sagen, keine neuen Ueberraschungen brachte.

## Bisher 1259 Typhusfälle in Hannover. 37 Todesopfer. — 7 an einem Tage.

Nach den amtlich vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der Typhuserkrankungen in Hannover am heutigen Donnerstag vormittag 1259 gegenüber 1212 des Vortages. In den städtischen Krankenhäusern haben bisher 547 Männer, 535 Frauen und 177 Kinder Aufnahme gefunden. Die Zahl der Todesopfer ist von gestern zu heute von 30 auf 37 gestiegen. Glücklicherweise macht sich verhältnismäßig eine gewisse Abnahme der Zahl der Neuerkrankungen bemerkbar, so daß sich die Annahme der Gesundheitsbehörden, daß die Epidemie ihren eigentlichen Höhepunkt bereits überschritten habe, nunmehr zu bestätigen scheint. Nicht einbezogen sind in den obigen Zahlen diejenigen Erkrankungsfälle, die in privater Behandlung liegen. Man dürfte in der Annahme kaum fehlgehen, daß es sich bei diesen Fällen ebenfalls noch um einige Hundert handelt. Bezüglich der Unterbringung und Beförderung der Kranken ist die städtische Verwaltung der größten Sorge enthoben, da nunmehr genügend Betten und Fahrzeuge zur Verfügung gestellt worden sind. Der Besuch der von der Gesundheitsbehörde eingerichteten öffentlichen Impfstationen ist nach wie vor sehr stark, und am gestrigen Tage wurden in einigen dieser Stationen nicht weniger als 2000 Personen geimpft. Infolge des starken Andranges hat man sich entschlossen, die Besuchszeiten zu verlängern und die Impfstationen sowohl am Vormittag wie am Nachmittag offenzuhalten. Nach den Beschlüssen der städtischen Körperschaften sollen zur restlosen Bekämpfung der furchtbaren Seuche keine Mittel unversucht gelassen werden und ohne Rücksicht auf die Kosten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

## Mehr Rücksicht auf Arbeitslose.

Der Betrag von 2 R., den die Berliner Rundfunkhörer monatlich an die Post abliefern müssen, ist tatsächlich nicht hoch, besonders wenn man die Qualität und die Menge des Gebotenen berücksichtigt. Aber man soll nie vergessen, daß sich der Preis der Hörer zum größten Teil aus der arbeitenden Bevölkerung Berlins zusammensetzt. Für einen Arbeiter, der Arbeit hat, werden die 2 R. wohl immer erschwänglich sein, anders aber liegt der Fall bei den Arbeitslosen, die jeden Pfennig der Unterstützung für den bloßen Lebensunterhalt gebrauchen, für sie bedeuten die 2 R. Rundfunkgebühren schon eine unerträgliche Ausgabe. Nun wird jedem Hörer, der nicht zahlen kann, die Erlaubnis zum Hören entzogen. Aber noch nicht genug damit, die Post verlangt obendrein, daß auch die Antenne entfernt wird, damit kein Verdacht des Schwarzhörens entsteht. Der Arbeitslose muß sich also noch Unkosten machen. Sicherlich entspricht dieses Vorgehen der Post ihrem Reglement, das nur mit den Tatsachen rechnet und sich nicht von Gefühlen leiten läßt. Wer nicht bezahlen kann, soll auch nicht Rundfunk hören. Schön und einfach, das ist taufmännisch richtig, aber kaum human gedacht. Vielleicht könnte die Postverwaltung sich einmal wirklich großzügig zeigen, und den Arbeitslosen, die sich durch Kontraktarte ausweisen, und die tatsächlich nicht in der Lage sind, die Gebühr zu zahlen, die 2 R. eben erlassen, der Rundfunk würde kaum dadurch in die Gefahr des Konkurses oder der Geschäftsaufsicht geraten. Das wäre wirklich rücksichtsvoll und menschlich gehandelt. Darum will man den Arbeitslosen, die besonders schwer mit dem Leben kämpfen, noch die Freude des Rundfunkhörens rauben? Der Rundfunk selbst würde durch diese Tat sicherlich an Beliebtheit gewinnen.

## Sieg bei Konsumwahlen.

Für vier Verkaufsstellenbezirke der Berliner Konsumgenossenschaft fanden am vorigen Sonntag die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung statt, mit dem Ergebnis, daß der Liste Genossenschaftsaufbau neun Mandate zufielen, die Kommunisten drei Mandate erhielten. In den Bezirken der 180. Abgabestelle (Dreilindstraße) und der 187. Abgabestelle (Brieg, Hannemannstraße) gingen die Kommunisten völlig leer aus, brachten sie es doch in einem der Wahlbezirke (Dreilindstraße) nur auf ganze drei (!) Stimmen. Wenn es ihnen gleichwohl gelungen war, in letzterem Bezirk eine gültige Vorstandsliste und mehr als zehn Unterschriften zustandezubringen, so erreichten sie dies nur dadurch, daß sie ihre Unterschriftleistenden über den kommunistischen Charakter der vorgelegten Liste in größtmöglicher Weise täuschten. Die Wahlagitator wurde von kommunistischer Seite wieder in der sattem bekannten Form von unüberbietbaren Schimpfungen der Genossenschaftsverwaltung geführt. Wann wird man auf jener Seite zu der Einsicht kommen, daß die Entlehnungen aus dem bolschewistischen Schimpfregister auch ihre Wirkung verlieren, daß sich die deutschen Arbeiter mit Abkehr von dem genossenschaftsschädigenden Treiben abwenden?

## Ein jugendlicher Durchbrenner.

Mit 13000 Mark ist seit gestern nachmittag der 16 Jahre alte Rassenbote Wolfgang Knauer, der bei einer hiesigen Firma angestellt war, spurlos verschwunden. Der junge Bursche war vorher schon wiederholt zum Einziehen von Geldern geschickt worden. Jedemal hatte er seinen Kuitrag pünktlich erledigt und das Geld ordentlich abgeliefert. So trug man keine Bedenken, ihm gestern vormittag einen Scheck über 13000 R. zur Einlösung zu übergeben. Man wartete bis in die späten Nachmittagsstunden vergeblich auf die Wiedertehr Anrufer und erstattete endlich Anzeige bei der Kriminalpolizei. Es wurde festgestellt, daß der junge Bursche den Betrag auf der Bank erhoben hat. Da er ein großer Freund der Rummelpläze und Kinos ist, so vermutet man, daß der jugendliche Durchbrenner seinen pflüchtigen Reichtum dort an den Mann bringen wird.

Schwerer Straßenunfall eines Bürgermeisters. Von einem schweren Unfall wurde heute morgen der Bürgermeister von Ullam, Dr. Hannemann, betroffen. Er, der auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintraf, benutzte eine Autodrohke und ließ in der Nähe der Kochstraße halten. Er stieg nach der Straßenseite aus und wurde von einem vorüberkommenden Auto erfasst und überfahren. Passanten und Schupozeibeamte bemühten sich sofort um den Schwerverletzten und brachten ihn nach der Rettungsstelle in der Kronenstr. Hier stellte der Arzt einen schweren Schädelbruch fest und ordnete die sofortige Ueberführung in das Urbankrankenhaus an. Wie wir erfahren, ist der Zustand des in den vierziger Jahren befindlichen Bürgermeisters sehr ernst.

## Sittlichkeitsverbrechen und Mord in Leipzig.

In der Wohnung des Kraftwagenführers Ernst Voeglich in Leipzig fand man im Schlafzimmer zwischen zermüllten Betten die Leiche eines jungen Mädchens. Es wurde festgestellt, daß ein Sittlichkeitsverbrechen und Mord begangen worden ist. Dem Mädchen waren sämtliche Kleidungsstücke mit Gewalt vom Leib gerissen worden, die Handgelenke waren gefesselt, um den Hals war ein Stück des zerrissenen Kopfkissens gefestnet, im Hals selbst befand sich ein Knebel. Mit einem Beil hatte der Mörder seinem Opfer die rechte Schädelseite zertrümmert. Voeglich galt im allgemeinen als nicht normal. Seine Frau und sein Kind befanden sich auf einer Hochzeit in Steintin. Der Täter ist flüchtig.

Paratyphus in Fulda. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind in Fulda und Umgebung einige Fälle von Paratyphus festgestellt worden. Die Erkrankten sind sämtlich in dem Fuldaer Krankenhaus untergebracht worden.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde — Kreis Mitte. Heute abend, pünktlich 5 Uhr, findet Genossenschaftsabend in der Rindern des Kreis Mitte, in der Turnhalle, Hauptstr. 68. Alle Kinder des Bezirks sind herzlich willkommen.



# Keine Unorganisierten mehr!

„Der Feind, den wir am tiefsten hassen . . . das ist der Unverstand der Massen . . .“ Seit Jakob Audoerf in seiner Arbeitermarxialis die das Problem der Bekämpfung der politischen und gewerkschaftlichen Indifferenz in dieser trefflichen Weise formuliert, sind etliche Jahrzehnte verfloßen. Inzwischen ist der Unverstand der Massen zu einem großen Teil der Erkenntnis gewichen, aber auch heute noch müssen wir unablässig ein gutes Teil unserer Kraft an den Kampf gegen den ständig nachwachsenden Unverstand verwenden.

Der Längst von der Notwendigkeit der Organisation überzeugte Arbeiter und Angestellte fragt sich immer wieder: wie ist es möglich, daß es heute immer noch Arbeiter und Angestellte gibt, ob männlich oder weiblich, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind? Ist es im Grunde genommen auch heute noch der Unverstand, der die Unorganisierten von ihrer gewerkschaftlichen Organisation fernhält, so ist es doch nicht mehr die Unkenntnis über die Existenz, den Zweck und die Ziele der Organisation, und auch nicht wie früher die Angst vor dem Unternehmer, was die Indifferenten zu ihrem Verhalten bestimmt. Es ist häufig auch nur Leichtsinn, Charakterlosigkeit und dummpfiffige Berechnung die Ursache. Haben doch selbst die Gelben die Form der gewerkschaftlichen Organisation übernommen. Allerdings nur, um sie zu mißbrauchen, sie mit gewerkschaftsfeindlichem Inhalt zu erfüllen. Auch krankhafte geistige Verfassung ist mitunter die Ursache der Gleichgültigkeit.

Was immer die Ursache auch sein mag, Tatsache ist, daß die Unorganisierten, die sich jede Errungenschaft der für sie zuständigen Gewerkschaft gern gefallen lassen, die Gewerkschaften an der Entfaltung ihrer vollen Kraft und Macht hindern, sie als Lohndrücker, Ueberstundenschieber, gegebenenfalls gar als Streikbrecher schädigen, ohne sich zu überlegen, daß sie sich selber dadurch mit schädigen.

Nach wie vor muß der allgemeinen Agitation durch die Kleinarbeit zu praktischem Erfolg verholfen werden. In dieser Kleinarbeit aber muß sich jeder einzelne Gewerkschafter beteiligen. Wohl jeder und jede kommt mit einem unorganisierten Arbeitskollegen in Berührung und muß ihn zu lassen wissen. Der erste Mißerfolg darf nicht abschrecken. Nur wenn jede Mühe vergeblich erscheint, wenn weder vernünftige Vorstellungen helfen noch ernsthafte moralische Vorhaltungen, das Objekt sich als Subjekt unangenehm erweist, wende man sich ab und — einem anderen Unorganisierten zu. Wir müssen die Unorganisierten, soweit sie nicht absolut unauflöslich dazu sind, unseren Reihen eingliedern.

Geduld muß bei dem Werke sein, aber auch der unbeugsame Wille, der feste Entschluß, das Heer der Unorganisierten aufzureiben. Kein anständiger oder auch nur halbwegs anständiger Arbeiter oder Angestellter, der seine fünf Sinne beisammen hat, darf unorganisiert bleiben. Wir schaffen es, wenn wir nur wollen, und müssen es dahin bringen, wenn wir uns nicht zurückwerfen lassen, uns in unserem Vormarsch nicht aufhalten lassen wollen!

## Kündigung des Lohnabkommens in der Stickereiindustrie.

Am Mittwochabend hielten die in der Stickereiindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Langezeit bei Kowtow eine Versammlung ab, in der zu der gewerkschaftlichen Vorbereitung und zum Tarif Stellung genommen wurde. Genosse Balle, der zu dem Thema „Brauchen wir Gewerkschaften?“ sprach, zeichnete in Bild der gewerkschaftlichen Kämpfe in Vergangenheit und Gegenwart, legte Zweck und Ziel der Gewerkschaften dar und schloß mit der Aufforderung zur eifrigen Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Bewegung. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Riemer, der das bestehende Lohnabkommen als überholt bezeichnete. Es seien jetzt noch die Löhne, die in dem Lohnabkommen vom 14. August 1925 vereinbart wurden, und die schon seinerzeit völlig unzureichend waren. Man kann einem verheirateten Sticker und Bauer nicht noch länger zumuten, für 48 Pfennig Stundenlohn zu arbeiten. Ebenso bedürfen auch die Löhne der Arbeiterinnen und Jugendlichen einer Aufbesserung. Zudem werden die Löhne, wie sie im Lohnabkommen festgelegt sind, vielfach nicht einmal gezahlt: Die Sticker kümmern sich zu wenig um die tariflichen Abmachungen, und die Unternehmer zahlen am liebsten immer unter Tarif. Wenn wir auch berücksichtigen, daß die große Arbeitslosigkeit in der Branche den Unternehmern den Druck auf die Löhne erleichtert, so dürfte trotzdem vieles anders aussehen, wenn die Arbeiter gewerkschaftlich fester zusammenstünden. Für die Branche kommt ferner in Betracht, daß man es ausnahmslos mit kleinen Betrieben zu tun hat, woraus sich die schwere Arbeit für die gewerkschaftliche Bewegung ergibt. Genosse Riemer ging ferner noch auf den Manteltarif ein, der zum 30. September kündbar ist. Die Unternehmer hatten schon bei der Kündigung im April den Fortfall der Urlaubstage gefordert; das Ansuchen konnte zurückgewiesen werden, da selbst dem Schlichter, Gewerberat Körner, diese Forderung zu weit ging.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man nicht länger gewillt ist, diese Zustände stillschweigend zu ertragen. Die Aufbesserung der Löhne müsse unter allen Umständen vorgenommen werden. Die Organisation wurde beauftragt, das Lohnabkommen zu kündigen.

## Provokation von Ruherbergleuten.

„Die Wohlfahrteinrichtung“ der Zechenwohnungen.

Köln, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergbau-Aktiengesellschaft Recklinghausen hat die Mietverträge ihrer sämtlichen Betriebsangehörigen, die in Zechenwohnungen

gen wohnen, gekündigt, um einen neuen Mietvertrag mit einer Erhöhung um 30 Proz. abzuschließen. Es handelt sich um über 10 000 Bergarbeiter. Dieses Vorgehen der Verwaltung hat unter der Belegschaft größte Erregung verursacht, zumal allgemein bekannt ist, daß die Zechenkolonie seinerzeit als Wohlfahrteinrichtung mit Unterstützung aus preußischen Staatsmitteln geschaffen worden ist.

Die „Recklinghausen“ will die Bergarbeiter, die ihrer „Wohlfahrteinrichtung“ ausgeliefert sind, offenbar für den verbindlich erklärten Schiedspruch belangen und durch die Mieterhöhung die Lohnerhöhung „ausgleichen“. Es genügt, diese Aktion aufzuzeigen, um die Bergarbeiter wissen zu lassen, woran sie mit ihren Unternehmern auch in deren Rolle als Hausbesitzer sind.

## Die Vierteljahreshundertfeier. Glänzende Propagandawoche.

(JGB.) Wie aus Mitteilungen von fast allen dem JGB. angehörenden Ländern hervorgeht, ist der Aufforderung, bei Gelegenheit der Vierteljahreshundertfeier unter der Losung: „Hinein in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Arbeitertag“ eine großartige Propaganda zu führen, in weitgehender und in einzelnen Ländern in geradezu glänzender Weise entsprochen worden. Durch Zeitungsartikel, Versammlungen und öffentliche Demonstrationen, Werbearbeit in Fabrik und Werkstatt, Hausbesuche, Verteilung von Flugchriften usw. wird versucht, auch an den letzten noch unorganisierten Arbeiter und an die letzte noch außerhalb stehende Arbeiterin heranzukommen und sie für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. Für die Vierteljahreshundertfeier selbst sind fast überall weitgehende Vorbereitungen getroffen worden.

Es ist nicht allein zu hoffen, sondern es darf bestimmt erwartet werden, daß durch diese Veranstaltungen den Gewerkschaften in allen Ländern zahlreiche neue Mitglieder zugeführt werden, so daß der Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung, der bereits eingeleitet hat, dadurch beschleunigt wird.

## Internationaler Transportarbeiter-Kongress. Dawes-Abkommen und Bergarbeiterstreik.

Gestern begann in Paris der Kongress der Internationalen Transportarbeiterföderation. Der Kongress wird sich nach der Diskussion des Berichts der I.T.F. besonders mit dem englischen Bergarbeiterkampf und den Maßnahmen beschäftigen, die von der I.T.F. zur Unterstützung des englischen Generalstreiks getroffen wurden. Unter den Anträgen, die dem Kongress vorliegen, ist besonders ein Antrag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu erwähnen.

Der Antrag weist auf die starken Gefährdungen hin, denen die deutsche Eisenbahnerindustrie durch die im Rahmen der Dawes-Regelung erfolgte Umstellung der deutschen Staatsbahnen in die „Deutsche Reichsbahngesellschaft“ ausgesetzt sind. Letztere versucht aus den Bestimmungen der Reichsbahngesetze vom 30. August 1924 eine schrankenlose Autonomie für sich herzutreiben und die Arbeitsbedingungen wie die sonstigen Rechtsverhältnisse des Personals dauernd zu beeinträchtigen. So wurden die Beamten der Reichsbahn, die bisher Reichsbeamte waren und deren Rechts- und Dienstverhältnisse unmittelbar durch Gesetz geregelt werden, in Privatbeamte umgewandelt, deren Besoldungs-, Pensions- und sonstigen Rechtsverhältnisse durch eine Personalarbeitung der Reichsbahn geregelt werden. Auch hinsichtlich der Behandlung der Arbeiter und Angestellten trachtet die Reichsbahngesellschaft auf Grund der Reichsbahngesetze eine Sonderstellung für sich geltend zu machen, indem sie die deutsche Sozialgesetzgebung als auf die Reichsbahn nicht anwendbar erachtet. „Dieser Zustand“, so schließt die vorgelegte Resolution, „gegen den sich der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands sofort mit Entschiedenheit zur Wehr gesetzt hat, muß auch die Arbeitsbedingungen und Rechtsverhältnisse des Eisenbahnpersonals ganz besonders in den anderen europäischen Ländern ungünstig beeinflussen. Der Kongress erwartet deshalb, daß alle angeschlossenen Organisationen, deren Regierungen an der Schaffung des Londoner Abkommens beteiligt sind, auf dieselben mit allem Nachdruck dahingehend einwirken, daß diese einer solchen Aenderung der Reichsbahngesetze, die das Personal der Deutschen Reichsbahngesellschaft vor Nachteilen jeder Art gegenüber den übrigen deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten sichern sollen, ihre Zustimmung geben.“

Von den übrigen Anträgen zielen einige auf die Schaffung eines Kampffonds zur Unterstützung großer Kämpfe hin. Auch die Frage des Arbeitertages sowohl für die Eisenbahner wie für die Seeleute wird vom Kongress behandelt werden.

## Was soll nun werden? Heute Kabinettsitzung.

London, 16. September. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Baldwin ist am Mittwochabend von seinem Ferienaufenthalt in Frankreich nach London zurückgekehrt. Die für Donnerstag vorgesehene Kabinettsitzung kennzeichnet den kritischen Moment im Bergbaukonflikt. Sie soll die Entscheidung bringen, ob die Regierung daran festhält, den Unternehmern gegenüber auf Nachgiebigkeit hinsichtlich der nationalen Lohnerhandlungen zu bestehen, oder ob die Regierung unter dem Druck der Arbeitnehmer und einem Teil der Unternehmer den von Churchill vertretenen Standpunkt aufgeben wird. Letzteres würde nach Auffassung des „Daily Herald“ vom Donnerstag die Regierung so schwer diskreditieren, daß eine Kabinettskrise als Folge nicht ausgeschlossen wäre.

## Die Verluste durch den englischen Grubenkonflikt.

London, 15. September. (U.) Die Westminsterbank, eine der führenden englischen Banken, schätzt in ihrem soeben herausgegebenen Jahresbericht den durch den Kohlenstreik bisher verursachten Nettoverlust auf rund 200 Millionen Pfund.

## Kongress der schwedischen Gewerkschaften.

Der Kongress des schwedischen Gewerkschaftsbundes vom 28. August bis 4. September kann sicher als einer der wichtigsten bisherigen gewerkschaftlichen Tagungen in Schweden bezeichnet werden. Der Kongress hatte sich in erster Linie mit der Industrieverhandlungsfrage zu befassen, ferner mit dem Problem der stärkeren Zentralisation des Gewerkschaftsbundes, d. h. der Vermehrung seiner Befugnisse bei Angriffskampagnen.

Aus dem vom Vorsitzenden Thorberg erstatteten Tätigkeitsbericht über die seit dem letzten Kongress verfloßenen vier Jahre geht hervor, daß sich die schwedische Gewerkschaftsbewegung erfreulich entwickelt hat. Die Mitgliederzahl stieg von 292 917 im Dezember 1922 auf 397 354 im Juni 1926 (360 000 Männer und 37 000 Frauen). Trotz Krise und Arbeitslosigkeit sind die Gewerkschaften im beständigen Vormarsch begriffen. Die geführte Lohnpolitik war hauptsächlich auf die Erhaltung der Reallohn gerichtet. Es ist denn auch dem Gewerkschaftsbund gegliedert, die Lohnerhebungen in der Krisenperiode aufzuhalten, so daß im Jahre 1925 der Reallohn 22 Proz. über das Lohnniveau des Jahres 1913 zu stehen kam.

Der Kongress behandelte hierauf einen Antrag betreffend die Umbildung der Landeszentrale. Die Antragsteller waren der Meinung, daß diese Umstellung, die gleichzeitig eine Erweiterung des Einflusses und des Mitbestimmungsrechts des Vorstandes bedeuten würde, den Gewerkschaftsbund aus einer reinen Abwehrorganisation zu einer Abwehr- und Angriffsoffensive umgestalten und es auf diese Weise gelingen würde, die Löhne der am schlechtesten entlohnten Arbeiter zu heben und ein einheitlicheres Lohnniveau zu schaffen. Der Antrag wurde vom Vorstand bekämpft. Nach einer ausführlichen Debatte wurde beschlossen, die Frage einer „vorurteilslosen Prüfung“ zu unterziehen.

Der Kongress behandelte sodann den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: die Industrieverhandlungsfrage. Bekanntlich beschloß der letzte Gewerkschaftskongress im Jahre 1922 die Umbildung der Berufsverbände zu Industrieverbänden, die bis zum 1. Januar 1925 durchgeführt sein sollte. Dieser Beschluß konnte jedoch nicht verwirklicht werden. Der Vorstand hat seinerzeit eine Organisationsvorlage ausgearbeitet, die jedoch auch nicht die Bildung reiner Industrieverbände vorsieht, sondern eher als ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Auffassungen bezeichnet werden kann. Das Grundprinzip dieses Organisationsplans ist, daß alle Arbeiter, die unter den gleichen Tarifvertrag fallen, auch der gleichen Organisation angehören müssen. Eine Reihe von den dem Kongress zu diesem Punkte vorliegenden Anträgen forderte Änderungen in Einzelheiten des Planes, während in anderen Anträgen die Bornehme einer Urabstimmung, eine Verschlebung der Durchführung des letzten Kongressbeschlusses sowie eine neue Untersuchung resp. Ausarbeitung eines neuen Organisationsplanes gefordert wurde.

Die Debatte, die mehrere Tage in Anspruch nahm, deckte tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit bzw. Zweckmäßigkeit der Durchführung der neuen Organisationsform auf. Auf der einen Seite wurde die vorgeschlagene Zusammensetzung der neuen Verbände stark kritisiert, während auf der anderen Seite verschiedene Vertreter der reinen Berufsverbände kein Hehl daraus machten, daß sie lieber die Verbindung mit der Landeszentrale abbrechen würden, als ihre bisherige Selbständigkeit aufgeben.

Zu diesem Punkte hatte der Vorstand eine Entschließung vorgelegt, die besagt, daß, obwohl der vom letzten Kongress gefasste Beschluß betr. Uebergang zu Industrieverbänden nicht innerhalb der vom Kongress festgelegten Frist durchgeführt werden konnte, die Frage doch ihrer Lösung bedeutend näher geführt worden sei. Der Kongress stimmte der vom Vorstand ausgearbeiteten Vorlage als einer Grundlage für die Organisation der Industrieverbände zu und forderte die angeschlossenen Verbände auf, den Uebergang der Ortsgruppen und Mitglieder in die neuen Verbände zu beschleunigen. Die Verbände, die einen Kartellvertrag abgeschlossen haben, werden aufgefordert, ihre Tätigkeit so einzurichten, daß ein baldiger organisatorischer Zusammenschluß erreicht werden kann.

Diese Entschließung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Es wurde jedoch hierbei ausdrücklich festgelegt, daß Verbände, die sich diesem Beschluß nicht fügen wollen, nicht ausgeschlossen werden dürfen. Es wird dem nächsten Gewerkschaftskongress vorbehalten sein, zu dieser Seite der Frage Stellung zu nehmen.

Ein weiterer Punkt, mit dem sich der Kongress zu beschäftigen hatte, betrifft die Monopolisierungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. In der letzten Zeit haben einige Gewerkschaften, hauptsächlich des Baugewerbes, versucht, die Rekrutierung des Berufs zu verhindern sowie den Arbeitsmarkt durch Verweigerung der Aufnahme neuer Mitglieder abzusperren.

Es wurde hierzu eine vom Vorstand vorgeschlagene Entschließung angenommen, die diese Monopolisierungen verurteilt und entschieden die Politik der offenen Tür verteidigt. Die Tagung, der Dudgeest als Vertreter des JGB. beiwohnte, legte Zeugnis ab vom regen Leben, der Stärke und den guten Zukunftsaussichten der schwedischen Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Bauarbeiter und Töpfer! Die Firma „Maschinereller Hausapput“ G. m. b. H., Kurfürstendamm 224, führt in der Oranien- Ecke Dresdener Straße Fassadenarbeiten aus. Die Firma weigert sich fortgesetzt, die tarifliche Arbeitszeit von 8 Stunden innezuhalten. Sie hat es verstanden, für die Stemm- und anderen Nebenarbeiten unorganisierte Arbeiter einzustellen, welche bis zur Dunkelheit Ueberstunden machen. Aus diesen Gründen ist diese Firma für Bauarbeiter, Maurer und Töpfer gefährlich. Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Heinz Götter; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revision: Dr. John Schilowski; Sozial- und Sanitäts: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL  
G. M. B. H.  
**MÖBEL HAUSRAT**  
In schlichter Form u. gedlegn. Ausführung.  
VERKAUFSTELLEN: Berlin W, Königin-Augusta-Str. 21 an der Potsdamer Brücke  
Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 41-42  
Charlottenburg, Bismarckstr. 85

**J. Baier**  
Spezialhaus für Herren- u. Knabenbekleidung  
Die Maß-Abtlg. unter Leitung bewährter Schneider, bietet Gewähr für eleganten Sitz u. gute Verarbeitung  
Gummi- u. Lodenmäntel  
Sport- u. Berufskleidung  
BERLIN N  
BADSTR. 76  
Ecke FRIEDENSHAGEN

**Tapeten 25, 30, 35 Pfg. Ricsenauswahl.**  
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.  
**R. Lode, Artilleriestraße 36a**  
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

**Haben Sie Wanzen? So gebrauchen Sie Mothesin.**  
Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen u. deren Brut. Wirksam über u. schnellste Wirkung. Preis pro Flasche 1.-, 2.50 u. 4.-. Mothesin edelt bei Arthur Mothes, Berlin N 51, Simeonsländer Str. 41. Gegen Schwaben, Ratten, Fliegen, Motten, Stubenfliegen, Mücken, Bettwanzen, etc. ist Mothesin ein bewährtes Spezial-Mittel in Schachteln à 1.- u. 2.-.

Der gute Kapitän-Kanfabak  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Leser Bücher Wissen zu Macht!  
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 2

Neubau-Wohnungen  
in Britz, verl. Germania-Pranzenade, beste Lage, 2 u. 3 Zimmer, Bad, gr. Loggia u. l. XII u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100 u. 101 u. 102 u. 103 u. 104 u. 105 u. 106 u. 107 u. 108 u. 109 u. 110 u. 111 u. 112 u. 113 u. 114 u. 115 u. 116 u. 117 u. 118 u. 119 u. 120 u. 121 u. 122 u. 123 u. 124 u. 125 u. 126 u. 127 u. 128 u. 129 u. 130 u. 131 u. 132 u. 133 u. 134 u. 135 u. 136 u. 137 u. 138 u. 139 u. 140 u. 141 u. 142 u. 143 u. 144 u. 145 u. 146 u. 147 u. 148 u. 149 u. 150 u. 151 u. 152 u. 153 u. 154 u. 155 u. 156 u. 157 u. 158 u. 159 u. 160 u. 161 u. 162 u. 163 u. 164 u. 165 u. 166 u. 167 u. 168 u. 169 u. 170 u. 171 u. 172 u. 173 u. 174 u. 175 u. 176 u. 177 u. 178 u. 179 u. 180 u. 181 u. 182 u. 183 u. 184 u. 185 u. 186 u. 187 u. 188 u. 189 u. 190 u. 191 u. 192 u. 193 u. 194 u. 195 u. 196 u. 197 u. 198 u. 199 u. 200 u. 201 u. 202 u. 203 u. 204 u. 205 u. 206 u. 207 u. 208 u. 209 u. 210 u. 211 u. 212 u. 213 u. 214 u. 215 u. 216 u. 217 u. 218 u. 219 u. 220 u. 221 u. 222 u. 223 u. 224 u. 225 u. 226 u. 227 u. 228 u. 229 u. 230 u. 231 u. 232 u. 233 u. 234 u. 235 u. 236 u. 237 u. 238 u. 239 u. 240 u. 241 u. 242 u. 243 u. 244 u. 245 u. 246 u. 247 u. 248 u. 249 u. 250 u. 251 u. 252 u. 253 u. 254 u. 255 u. 256 u. 257 u. 258 u. 259 u. 260 u. 261 u. 262 u. 263 u. 264 u. 265 u. 266 u. 267 u. 268 u. 269 u. 270 u. 271 u. 272 u. 273 u. 274 u. 275 u. 276 u. 277 u. 278 u. 279 u. 280 u. 281 u. 282 u. 283 u. 284 u. 285 u. 286 u. 287 u. 288 u. 289 u. 290 u. 291 u. 292 u. 293 u. 294 u. 295 u. 296 u. 297 u. 298 u. 299 u. 300 u. 301 u. 302 u. 303 u. 304 u. 305 u. 306 u. 307 u. 308 u. 309 u. 310 u. 311 u. 312 u. 313 u. 314 u. 315 u. 316 u. 317 u. 318 u. 319 u. 320 u. 321 u. 322 u. 323 u. 324 u. 325 u. 326 u. 327 u. 328 u. 329 u. 330 u. 331 u. 332 u. 333 u. 334 u. 335 u. 336 u. 337 u. 338 u. 339 u. 340 u. 341 u. 342 u. 343 u. 344 u. 345 u. 346 u. 347 u. 348 u. 349 u. 350 u. 351 u. 352 u. 353 u. 354 u. 355 u. 356 u. 357 u. 358 u. 359 u. 360 u. 361 u. 362 u. 363 u. 364 u. 365 u. 366 u. 367 u. 368 u. 369 u. 370 u. 371 u. 372 u. 373 u. 374 u. 375 u. 376 u. 377 u. 378 u. 379 u. 380 u. 381 u. 382 u. 383 u. 384 u. 385 u. 386 u. 387 u. 388 u. 389 u. 390 u. 391 u. 392 u. 393 u. 394 u. 395 u. 396 u. 397 u. 398 u. 399 u. 400 u. 401 u. 402 u. 403 u. 404 u. 405 u. 406 u. 407 u. 408 u. 409 u. 410 u. 411 u. 412 u. 413 u. 414 u. 415 u. 416 u. 417 u. 418 u. 419 u. 420 u. 421 u. 422 u. 423 u. 424 u. 425 u. 426 u. 427 u. 428 u. 429 u. 430 u. 431 u. 432 u. 433 u. 434 u. 435 u. 436 u. 437 u. 438 u. 439 u. 440 u. 441 u. 442 u. 443 u. 444 u. 445 u. 446 u. 447 u. 448 u. 449 u. 450 u. 451 u. 452 u. 453 u. 454 u. 455 u. 456 u. 457 u. 458 u. 459 u. 460 u. 461 u. 462 u. 463 u. 464 u. 465 u. 466 u. 467 u. 468 u. 469 u. 470 u. 471 u. 472 u. 473 u. 474 u. 475 u. 476 u. 477 u. 478 u. 479 u. 480 u. 481 u. 482 u. 483 u. 484 u. 485 u. 486 u. 487 u. 488 u. 489 u. 490 u. 491 u. 492 u. 493 u. 494 u. 495 u. 496 u. 497 u. 498 u. 499 u. 500 u. 501 u. 502 u. 503 u. 504 u. 505 u. 506 u. 507 u. 508 u. 509 u. 510 u. 511 u. 512 u. 513 u. 514 u. 515 u. 516 u. 517 u. 518 u. 519 u. 520 u. 521 u. 522 u. 523 u. 524 u. 525 u. 526 u. 527 u. 528 u. 529 u. 530 u. 531 u. 532 u. 533 u. 534 u. 535 u. 536 u. 537 u. 538 u. 539 u. 540 u. 541 u. 542 u. 543 u. 544 u. 545 u. 546 u. 547 u. 548 u. 549 u. 550 u. 551 u. 552 u. 553 u. 554 u. 555 u. 556 u. 557 u. 558 u. 559 u. 560 u. 561 u. 562 u. 563 u. 564 u. 565 u. 566 u. 567 u. 568 u. 569 u. 570 u. 571 u. 572 u. 573 u. 574 u. 575 u. 576 u. 577 u. 578 u. 579 u. 580 u. 581 u. 582 u. 583 u. 584 u. 585 u. 586 u. 587 u. 588 u. 589 u. 590 u. 591 u. 592 u. 593 u. 594 u. 595 u. 596 u. 597 u. 598 u. 599 u. 600 u. 601 u. 602 u. 603 u. 604 u. 605 u. 606 u. 607 u. 608 u. 609 u. 610 u. 611 u. 612 u. 613 u. 614 u. 615 u. 616 u. 617 u. 618 u. 619 u. 620 u. 621 u. 622 u. 623 u. 624 u. 625 u. 626 u. 627 u. 628 u. 629 u. 630 u. 631 u. 632 u. 633 u. 634 u. 635 u. 636 u. 637 u. 638 u. 639 u. 640 u. 641 u. 642 u. 643 u. 644 u. 645 u. 646 u. 647 u. 648 u. 649 u. 650 u. 651 u. 652 u. 653 u. 654 u. 655 u. 656 u. 657 u. 658 u. 659 u. 660 u. 661 u. 662 u. 663 u. 664 u. 665 u. 666 u. 667 u. 668 u. 669 u. 670 u. 671 u. 672 u. 673 u. 674 u. 675 u. 676 u. 677 u. 678 u. 679 u. 680 u. 681 u. 682 u. 683 u. 684 u. 685 u. 686 u. 687 u. 688 u. 689 u. 690 u. 691 u. 692 u. 693 u. 694 u. 695 u. 696 u. 697 u. 698 u. 699 u. 700 u. 701 u. 702 u. 703 u. 704 u. 705 u. 706 u. 707 u. 708 u. 709 u. 710 u. 711 u. 712 u. 713 u. 714 u. 715 u. 716 u. 717 u. 718 u. 719 u. 720 u. 721 u. 722 u. 723 u. 724 u. 725 u. 726 u. 727 u. 728 u. 729 u. 730 u. 731 u. 732 u. 733 u. 734 u. 735 u. 736 u. 737 u. 738 u. 739 u. 740 u. 741 u. 742 u. 743 u. 744 u. 745 u. 746 u. 747 u. 748 u. 749 u. 750 u. 751 u. 752 u. 753 u. 754 u. 755 u. 756 u. 757 u. 758 u. 759 u. 760 u. 761 u. 762 u. 763 u. 764 u. 765 u. 766 u. 767 u. 768 u. 769 u. 770 u. 771 u. 772 u. 773 u. 774 u. 775 u. 776 u. 777 u. 778 u. 779 u. 780 u. 781 u. 782 u. 783 u. 784 u. 785 u. 786 u. 787 u. 788 u. 789 u. 790 u. 791 u. 792 u. 793 u. 794 u. 795 u. 796 u. 797 u. 798 u. 799 u. 800 u. 801 u. 802 u. 803 u. 804 u. 805 u. 806 u. 807 u. 808 u. 809 u. 810 u. 811 u. 812 u. 813 u. 814 u. 815 u. 816 u. 817 u. 818 u. 819 u. 820 u. 821 u. 822 u. 823 u. 824 u. 825 u. 826 u. 827 u. 828 u. 829 u. 830 u. 831 u. 832 u. 833 u. 834 u. 835 u. 836 u. 837 u. 838 u. 839 u. 840 u. 841 u. 842 u. 843 u. 844 u. 845 u. 846 u. 847 u. 848 u. 849 u. 850 u. 851 u. 852 u. 853 u. 854 u. 855 u. 856 u. 857 u. 858 u. 859 u. 860 u. 861 u. 862 u. 863 u. 864 u. 865 u. 866 u. 867 u. 868 u. 869 u. 870 u. 871 u. 872 u. 873 u. 874 u. 875 u. 876 u. 877 u. 878 u. 879 u. 880 u. 881 u. 882 u. 883 u. 884 u. 885 u. 886 u. 887 u. 888 u. 889 u. 890 u. 891 u. 892 u. 893 u. 894 u. 895 u. 896 u. 897 u. 898 u. 899 u. 900 u. 901 u. 902 u. 903 u. 904 u. 905 u. 906 u. 907 u. 908 u. 909 u. 910 u. 911 u. 912 u. 913 u. 914 u. 915 u. 916 u. 917 u. 918 u. 919 u. 920 u. 921 u. 922 u. 923 u. 924 u. 925 u. 926 u. 927 u. 928 u. 929 u. 930 u. 931 u. 932 u. 933 u. 934 u. 935 u. 936 u. 937 u. 938 u. 939 u. 940 u. 941 u. 942 u. 943 u. 944 u. 945 u. 946 u. 947 u. 948 u. 949 u. 950 u. 951 u. 952 u. 953 u. 954 u. 955 u. 956 u. 957 u. 958 u. 959 u. 960 u. 961 u. 962 u. 963 u. 964 u. 965 u. 966 u. 967 u. 968 u. 969 u. 970 u. 971 u. 972 u. 973 u. 974 u. 975 u. 976 u. 977 u. 978 u. 979 u. 980 u. 981 u. 982 u. 983 u. 984 u. 985 u. 986 u. 987 u. 988 u. 989 u. 990 u. 991 u. 992 u. 993 u. 994 u. 995 u. 996 u. 997 u. 998 u. 999 u. 1000

**Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph**  
BERLIN W  
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122